

Imperium im Abstieg? Richard Wolff über Kapitalismus, KI & Arbeiter-macht

Maifeiertags-Special mit Richard Wolff In diesem weitreichenden Gespräch analysiert der renommierte Ökonom Richard D. Wolff die wachsende Kluft zwischen der Politik der Eliten und den Realitäten der Arbeiterklasse. Warum werden Themen wie Studienkredite, Mietkontrolle, Mindestlöhne und Umverteilung an den Rand gedrängt – selbst wenn sie Millionen betreffen? Und was ist nötig, um sich zu organisieren, wenn Geld die Politik beherrscht? Wir beleuchten außerdem die Rolle von KI, Internet und digitalen Plattformen bei der Gestaltung der Zukunft von Arbeiterbewegungen – werden sie Beschäftigte stärken oder die Ungleichheit vertiefen? Abschließend entwirft Wolff eine mutige Vision für eine politische Ökonomie der Arbeiterklasse in einer Welt, in der die globale Dominanz der USA zunehmend infrage gestellt wird. Behandelte Themen: Die Repräsentationskrise in der modernen Politik Organisieren in geldgetriebenen Systemen Studienkredite, Löhne und Wohnungsprobleme KI, Automatisierung & Zukunft der Arbeiterklasse Kapitalismus, Imperium und globale Umbrüche Was bedeutet Arbeiterpolitik am Maifeiertag wirklich? #Maifeiertag #RichardWolff #Arbeiterklasse #Arbeiterpolitik #Kapitalismus #KI #Studienkredite #Mindestlohn #Mietkontrolle #PolitischeÖkonomie

#Mudiar

Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Folge von „India and Global Left“. Wenn Sie neu dabei sind, klicken Sie bitte auf den Abonnieren-Button. Sie können auch YouTube-Mitglied werden, uns auf Patreon unterstützen oder einen kleinen Betrag über den Link in der Beschreibung spenden. Ohne weitere Verzögerung begrüße ich unseren heutigen Gast: Professor Richard Wolff. Professor Wolff ist ein amerikanischer Ökonom und ein Kritiker des Kapitalismus. Professor Wolff, willkommen zurück bei „India and Global Left“.

#Guest

Ich freue mich sehr, hier zu sein, und danke Ihnen für die Einladung.

#Mudiar

Ich hab dich direkt davor gefragt, wie es dir geht, und du hast gesagt, du hast noch nie eine größere Distanz gesehen zwischen den Menschen und, sagen wir, der herrschenden Klasse in den Vereinigten Staaten. Kannst du unseren Zuschauerinnen und Zuschauern ein bisschen genauer erklären, was du damit meinst?

#Guest

Also, ich denke, was wir hier in den Vereinigten Staaten im Moment haben, ist eine Regierung, die nur noch von etwa einem Viertel, vielleicht zwanzig Prozent der Bevölkerung unterstützt wird. Und ich will Ihnen sagen, was das bedeutet. Seit der Amtseinführung von Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit, also im Januar zweitausendfünfundzwanzig, ist seine Popularität, seine Unterstützung in der Bevölkerung, in den Umfragen, praktisch ohne Unterbrechung zurückgegangen. Die Linie zeigt einfach immer weiter nach unten. Er wurde im Grunde mit etwa einem Drittel, vielleicht etwas mehr, der Stimmen und der Unterstützung der Bevölkerung gewählt, und davon hat er inzwischen vielleicht die Hälfte verloren – ungefähr in dieser Größenordnung.

Wie ist das möglich? Nun, hier sind die Gründe – und hier sind die Menschen, die sich von ihm abwenden. Innerhalb seiner eigenen Anhängerschaft hat er einen erheblichen Teil seiner Unterstützer verloren, wegen des Krieges – in diesem Fall des Krieges gegen den Iran. Die Vereinigten Staaten haben, gemeinsam mit Israel – und darauf komme ich gleich noch zurück, weil das wichtig ist – vor etwa fünfzig Tagen, wie Sie alle wissen, den Iran angegriffen. Dieser Krieg, anders als frühere Kriege der Vereinigten Staaten, wie der Vietnamkrieg, der Irakkrieg oder der Krieg in Afghanistan, wurde von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung abgelehnt – laut Gallup und anderen Umfragen – und das von Anfang an.

In den früheren Kriegen hatten die Amerikaner den Krieg aus einer Art automatischem Patriotismus unterstützt, könnte man sagen. Aber dann, mit den Monaten und Jahren des Krieges, bröckelte diese Unterstützung. Diesmal war das anders. Diesmal war die Mehrheit der Amerikaner, laut Umfragen schon in den ersten Tagen des Krieges, gegen diesen Krieg. Und Herr Trump, der ja im Wahlkampf gegen die sogenannten „endlosen Kriege“ der Vereinigten Staaten angetreten war, wurde von seinen Anhängern hier als jemand gesehen, der ihre Hoffnungen verraten hat. Er hat den Krieg in der Ukraine nicht beendet – im Gegenteil, er hat einen Krieg im Iran begonnen, und zwar sehr offensiv.

Ein Krieg übrigens, den die amerikanischen Medien einen „Krieg der Wahl“ nennen. Denn selbst hier in den Vereinigten Staaten glauben nur sehr wenige Menschen, dass Iran überhaupt eine Bedrohung für die USA darstellt. Tatsächlich sind es nur Trump, Kriegsminister Hegseth und Leute wie sie, die ständig von der iranischen Bedrohung sprechen – offenbar, um irgendeine Rechtfertigung zu finden. Sie behaupten zum Beispiel, die Iraner hätten eine Atombombe, was nicht stimmt, oder sie würden daran arbeiten, eine zu bekommen, wofür es keinerlei Beweise gibt, und so weiter. Aber dieses ständige Wiederholen, in der Hoffnung, damit eine Begründung oder Rechtfertigung zu schaffen – das funktioniert nicht. Das Interessante daran ist: Es funktioniert einfach nicht.

Die Unzufriedenheit der Amerikaner zeigt sich darin, dass die Mehrheit gegen diesen Krieg ist. Und genau deshalb weiß Trump im Moment nicht so recht, was er tun soll. Der zweite Punkt führt uns zurück zu Israel. Wahrscheinlich die einflussreichste Lobbygruppe in den Vereinigten Staaten, die ständig im Kongress aktiv ist, in vielen Bundesstaaten arbeitet, Druck auf Abgeordnete ausübt und große Geldsummen an diesen oder jenen Kandidaten spendet, ist eine Organisation namens AIPAC. Das ist eine Lobbygruppe, die Israel unterstützt und von Menschen geführt wird, die wollen, dass die

Vereinigten Staaten Israel schützen, finanzieren und militärisch mit Waffen versorgen. Früher hatten sie eine klar mehrheitsfähige, pro-israelische Haltung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Und sie waren über viele Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich – mindestens in den letzten vierzig, fünfzig Jahren.

In den letzten Jahren, besonders aber im vergangenen anderthalben Jahr, hat sich durch Israels Verhalten in Gaza – und jetzt zusätzlich durch das Verhalten Israels im Libanon und die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten gegen den Iran – zum ersten Mal die Mehrheitsmeinung in den USA verschoben. Das Mitgefühl für die Palästinenser ist inzwischen größer als die Unterstützung für Israel. Es ist immer noch sehr knapp, aber die Tendenz geht klar weg von der Unterstützung Israels, hin zu mehr Sympathie für Palästina – und zu wachsender Ablehnung, vor allem gegenüber der Regierung Netanjahu in Israel. Um ein Beispiel zu geben: Ich sitze hier in New York City, der größten Stadt der Vereinigten Staaten. Wir haben hier einen neuen Bürgermeister, der vor ein paar Monaten gewählt wurde, und er heißt Zohran Mamdani. Und warum ist das interessant? Weil Zohran Mamdani, der gewählte Bürgermeister, Muslim und Sozialist ist.

Früher war es in der amerikanischen Politik so, dass schon einer dieser Punkte gereicht hätte, um eine Wahlchancen völlig zunichtezumachen. Die Vorstellung, dass jemand eine Wahl gewinnen könnte, der sowohl Muslim ist – ein praktizierender Muslim – und zugleich Sozialist, und das in der Stadt New York, wäre undenkbar gewesen. Und eine der größten ethnischen Wählergruppen in New York City, vielleicht die zweit- oder drittgrößte, sind die jüdischen Bürger hier. Und die Mehrheit von ihnen hat für Mamdani gestimmt. Mamdani hat während seines Wahlkampfes öffentlich gesagt, dass er Netanyahu verhaften lassen würde, falls dieser New York besucht. Das ist also eine bemerkenswerte Entwicklung. Der zweite Grund für die enorme Unzufriedenheit hat mit der amerikanischen Wirtschaft zu tun. Und am besten lässt sich das so beschreiben: Die Mehrheit der Amerikaner – ich spreche hier von siebzig bis achtzig Prozent – hat ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie können ihren Lebensstandard nicht mehr halten.

Jede Woche, jeden Monat wird es entweder teurer, Dinge im Laden zu kaufen, oder der eigene Job wird unsicherer, oder das Einkommen sinkt. Es gibt einfach zu viele wirtschaftliche Probleme, die nicht nur ungelöst bleiben, sondern sich sogar verschärfen. Und Herr Trump hatte im Wahlkampf versprochen, die Lage direkt zu verbessern – das hat er nicht getan. Gleichzeitig muss ich sagen, weil das Teil des wirtschaftlichen Problems ist: Die Kluft zwischen Arm und Reich ist ebenfalls gewachsen. Das liegt daran, dass siebzig bis achtzig Prozent der Menschen ihre wirtschaftliche Sicherheit, ihre stabile Lage, verloren haben. Für die Reichen, also für die obersten zehn Prozent, war es dagegen eine gute Zeit.

Die Regierung pumpt Geld in die Wirtschaft, aber dieses Geld erreicht nicht die breite Bevölkerung. Es fließt in den Aktienmarkt, wo es eine Art Inflation antreibt – damit meine ich steigende Aktienkurse. Wenn man Aktien besitzt, sieht das natürlich sehr gut aus. Und so haben wir die obersten zehn Prozent der Bevölkerung – die Reichen, die Arbeitgeber, diejenigen, die die großen Medien besitzen, also Zeitungen, Fernsehen und so weiter. Für sie läuft die Wirtschaft hervorragend,

wenn sie auf ihr Aktienportfolio schauen. Für die Mehrheit der Menschen läuft sie aber überhaupt nicht gut. Dadurch vertieft sich die Ungleichheit, und gleichzeitig wachsen Bitterkeit, Wut und eine gewisse Härte in der amerikanischen Politik. Das ist die unmittelbare Reaktion auf die zunehmende Ungleichheit – eine Entwicklung, die all die Versprechen und Verpflichtungen verletzt, die diese Regierung einst gemacht hat.

Und so gibt es selbst unter seinen Anhängern Menschen, die früher begeisterte Unterstützer von Trump waren, sich jetzt aber gegen ihn wenden, ihn verurteilen und öffentlich bereuen, ihn unterstützt zu haben. Tucker Carlson – falls Ihnen der Name etwas sagt – oder Marjorie Taylor Greene, ein Mitglied des Kongresses hier, die hingeschmissen hat und sich gegen den Präsidenten gestellt hat, den sie viele Jahre lang unterstützt hatte. Und über all dem hängt immer noch dieser riesige Sexskandal um Jeffrey Epstein. Der verschwindet nicht, sondern bleibt als ständiges Symbol für den moralischen Verfall dieser Regierung. Es ist also wirklich eine außergewöhnliche Zeit.

Die Demokratische Partei, die bisher kaum echte Opposition gezeigt hat, verfolgt ganz offensichtlich die Strategie, Herrn Trump sich selbst politisch zerstören zu lassen. Sie alle hoffen, dass es bei den Wahlen im kommenden November, also in ein paar Monaten, eine Wählerbewegung von den Republikanern zu den Demokraten geben wird. Das ist zwar wahrscheinlich, könnte aber trotzdem nicht das Ergebnis bringen, das sich die Demokratische Partei erhofft. Denn die Republikaner nutzen – wie soll ich sagen – halblegale Mechanismen, um die Wahlkreise neu zuzuschneiden, damit sie mehr Sitze im Parlament bekommen. Wenn man von Demokratie spricht, haben wir das hier eigentlich nicht. Schon seit einiger Zeit nicht mehr, außer vielleicht der äußeren Form nach. In Wirklichkeit bestimmen Geld und Macht. Und was Herr Trump weltweit tut, das tut er auch im eigenen Land. Das führt dazu, dass er sich immer weiter isoliert. Und der einzige Weg, wie er sich jetzt noch an der Macht halten kann, ist, immer diktatorischer zu werden – weil er auf keine andere Weise an der Macht bleiben kann.

#Mudiar

Ja, wenn wir über diese Kluft zwischen den herrschenden Eliten und den arbeitenden Menschen sprechen – ich bin gerade von einer kleinen Veranstaltung zurückgekommen, hauptsächlich mit Aktivistinnen und Aktivisten, rund um das Thema Tag der Arbeit. Denn, wie du weißt, und viele andere auch, heute ist der Internationale Tag der Arbeit. Er wird in China und in großen Teilen Indiens viel stärker gefeiert als wahrscheinlich in den Vereinigten Staaten, obwohl der Ursprung ja auf das Jahr achtzehnhundertsechundachtzig zurückgeht – auf die Haymarket-Affäre in Chicago, wo Arbeiterinnen und Arbeiter für einen maximal achtstündigen Arbeitstag protestierten. Ich war dort eingeladen, um ein bisschen über die Geschichte der Arbeiterbewegung zu sprechen. Ich habe auch kurz über die Geschichte der Arbeiterbewegungen weltweit gesprochen. Aber worüber ich eigentlich mehr nachgedacht habe, oder was ich dort stärker ansprechen wollte, war genau diese Kluft zwischen den Anliegen der arbeitenden Bevölkerung und der hohen Politik.

Also, wir sind hier in meiner Heimatprovinz Assam. Aber es gibt auch andere Provinzen, in denen zwei Tage später die Wahlergebnisse bekanntgegeben werden. Und wenn man den Umfragen glaubt, wird die BJP, also die rechtsextreme Partei in Indien, dort sehr gut abschneiden. Das passiert in einer Zeit, in der alle Anzeichen zur Lage der Arbeiterklasse eigentlich in eine ganz andere Richtung zeigen. Ich meine, ich bin selbst Teil einer ganz kleinen Bäckerei, und meine Geschäftspartner haben mich gebeten, neue Leute einzustellen. Wir haben vor Kurzem eine Stelle ausgeschrieben – leider eine sehr schlecht bezahlte, kaum über dem gesetzlichen Mindestlohn. Und wie du ja aus eigener Erfahrung weißt, ist der ohnehin fast überall völlig unzureichend. Trotzdem gab es über dreihundertfünfzig Anrufe für genau diese eine Stelle – in einer winzigen, sehr lokalen Bäckerei.

Ich meine, das spricht über das Ausmaß von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in Indien, aber es spiegelt auch etwas sehr Globales wider. Meine Frage an Sie, Professor Wolff, ist also: Was tun wir in einer Zeit, in der Geld die Politik beherrscht – wie Sie gesagt haben –, um diese Themen aufzugreifen? Themen wie Versicherung, Studienschulden, der bundesweite Mindestlohn, ein stärkerer Arbeitsschutz, Mietkontrolle, Umverteilung durch Steuern und so weiter – all das, was wir auch in den USA gesehen haben. Wir haben das ja während der Sanders-Kampagne erlebt. Wie können wir diese Themen in den Mittelpunkt unseres politischen Lebens rücken, gerade in einer Zeit, in der Geld die Politik dominiert? Und als Folge davon entstehen dann Themen wie Hypernationalismus, das Suchen nach Sündenböcken – etwa China oder andere Länder. In Indien zum Beispiel werden Muslime oder Bangladeschis zu Sündenböcken gemacht. Das sind ja Muster, die man weltweit beobachten kann. Also, an diesem Tag der Arbeit – was geht Ihnen da durch den Kopf, wenn Sie an Arbeits- und Sozialpolitik denken?

#Guest

Also, ich finde, die Ähnlichkeiten sind wirklich auffällig. Ich würde sagen, dass wir hier in den Vereinigten Staaten gerade ein Wiederaufleben dessen erleben, was man im weiteren Sinne als die Linke bezeichnet. Mit anderen Worten: Es ist nicht nur New York City, das einen Bürgermeister gewählt hat, der sich selbst Sozialist nennt. Das passiert inzwischen in immer mehr Gemeinden im ganzen Land. Es ist ein echtes Phänomen. Im Moment sieht es so aus, als würde der nächste Gouverneur des Bundesstaates Maine jemand sein, der – auch wenn er sich vielleicht nicht ausdrücklich Sozialist nennt – im Grunde genau die Argumente vorbringt, die ich gleich nennen werde, weil sie in unserer Gesellschaft funktionieren. Und hier sind sie. Und falls sie für Sie nach traditionellen Argumenten klingen, lassen Sie mich gleich sagen: Das sind sie auch. Aber die Tradition dessen, was die Linke einmal war, ist in diesem Land verloren gegangen.

Weder die Republikanische Partei noch die Demokratische Partei wagt es – und das ist seit Jahrzehnten so –, das klassische sozialistische Argument offen auszusprechen. Für Millionen von Amerikanerinnen und Amerikanern ist es deshalb etwas völlig Neues, wenn sie ein sozialistisches Argument hören, wie du und ich es aus unserem Leben und unserer Arbeit kennen. Es wirkt frisch,

spannend, originell, provokant – einfach, weil es aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen wurde. Und jetzt möchte ich ein paar Beispiele nennen. Bürgermeister Mamdani hier in New York hat Folgendes beschlossen: Er will kostenlose öffentliche Kinderbetreuung anbieten, schon für Kinder ab etwa zwei Jahren. Die Stadt wird zunächst für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine qualitativ hochwertige und sichere Tagesbetreuung bereitstellen, damit Eltern während der Arbeitszeit einen verlässlichen und sicheren Ort für ihre Kinder haben.

Okay, das ist ein klassisches öffentliches Programm, so etwas haben wir in New York nicht. Niemand hat das bisher gemacht. Er macht es – und es soll kostenlos sein. Aber dann stellt sich die Frage: Wer bezahlt das eigentlich? Sein Vorschlag ist, Menschen zu besteuern, die mehr als einen Wohnsitz haben. Wenn man also hier in New York eine Wohnung besitzt – wie viele reiche Leute –, die man nur ab und zu nutzt, die die meiste Zeit leer steht und eher als Investition für die Zukunft dient, dann soll darauf jetzt eine Steuer erhoben werden. Es wird eine spezielle Steuer geben auf das, was man ein „Pied-à-terre“ nennt – ein französischer Ausdruck für eine Wohnung in der Stadt, die man gelegentlich nutzt. Und die Reichen sind empört darüber. Sie drohen, ihre Wohnungen zu verkaufen und New York zu verlassen.

Die Drohungen sind leer, weil es keine andere Stadt gibt wie New York. Der Grund, warum sie hier eine Wohnung haben, ist ganz einfach: Das Theater ist hier, die Oper ist hier, die Filme sind hier, die Restaurants sind hier – alles, wofür sie ihr Geld ausgeben wollen, konzentriert sich hier. Aber es ist sehr bezeichnend, dass das unglaublich beliebt ist. Es ist beliebt, die Kinderbetreuung bereitzustellen. Es ist beliebt, die Reichen zu besteuern, um das zu finanzieren. Und was ich Ihnen sagen will, ist: Was wir brauchen – und was die Sozialisten unter uns tun sollten – ist, rauszugehen und den Mut zu haben, das offen zu sagen. Keine Angst zu haben. Und nicht den Rat zu befolgen, dass man so etwas lieber lassen sollte.

Man kann über Ökologie reden oder über Außenpolitik, aber man darf die Ungleichheit und die Klassenspaltung nicht ansprechen. Im Moment wird man keinen Erfolg haben, wenn man nicht die traditionellen sozialistischen Argumente wiederentdeckt – denn man wird merken, dass sie sehr kraftvoll sind. Das heißt nicht, dass man sie einfach nachahmen soll. Natürlich kann man sie an die heutigen Umstände anpassen, die sich in manchem unterscheiden, klar. Aber hier in den Vereinigten Staaten zeigt sich gerade, dass die Wiederbelebung der alten sozialistischen Programme, die hier eine lange Geschichte haben, der Schlüssel zum Erfolg ist. Die Lage ist so, dass viele Menschen, vor allem aus der Arbeiterklasse, sich inzwischen so sehr von Republikanern und Demokraten entfremdet haben, dass sie offen sind.

Es gibt Umfragen, die zeigen, dass trotz allem, was passiert ist, die beliebteste politische Persönlichkeit in diesem Land immer noch Bernie Sanders ist. Und er war derjenige, der die alten, ziemlich gemäßigten sozialistischen Programme wieder ins Gespräch gebracht hat. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist: Wir erleben gerade eine Wiederbelebung der Arbeiterbewegung. Nach fünfzig Jahren des Niedergangs – und das war wirklich dramatisch, fünfzig Jahre mit sinkender Gewerkschaftsmitgliedschaft, weniger Kampfbereitschaft und all dem – sehen wir jetzt, dass sich die

Kurve wieder nach oben bewegt. Die Bedingungen sind so schlecht, und das Versagen der Regierung, irgendetwas dagegen zu tun, führt dazu, dass viele Arbeiterinnen und Arbeiter in der Gewerkschaft einen möglichen Weg nach vorn sehen – vorausgesetzt, die Gewerkschaft kämpft. Und deshalb glaube ich, dass wir hier in den Vereinigten Staaten gerade etwas erleben, von dem ich nicht gedacht hätte, dass ich es noch erleben würde: die Rückkehr einer echten Linken.

#Mudiar

Wenn wir über Traditionen sprechen und darüber, was wir daraus lernen können, um unsere eigene Arbeiterpolitik besser zu formulieren, wollte ich dich auch ein bisschen zum Thema Internet fragen – allgemein, aber auch zu künstlicher Intelligenz in ihren konkreteren Formen. Die New York Times hat kürzlich berichtet, dass Amazon, der zweitgrößte Arbeitgeber in den Vereinigten Staaten, sechzehntausend Beschäftigte entlassen hat. Und einige Berichte sagen, dass das Unternehmen versucht, Forschung und Investitionen in KI zu beschleunigen – vor allem, um Rechenzentren zu bauen, damit sie am Ende Millionen von Arbeitsplätzen abbauen können. Und natürlich treibt das, wie du vorhin gesagt hast, die Unternehmensgewinne in die Höhe. Bloomberg schreibt ja, dass diese Woche ein Aufschwung an der Börse war – und die Hauptbegründung dafür sind hohe Unternehmensgewinne.

Natürlich, Chevron, ExxonMobil und andere sind in Kriegszeiten die üblichen Verdächtigen – ihre Unternehmensgewinne steigen in diesem Monat oder in den letzten Wochen deutlich an. Meine Frage an Sie ist also: Wie können Arbeiterinnen und Arbeiter im Zeitalter der künstlichen Intelligenz kämpfen – und, etwas breiter gefasst, im Zeitalter des Internets? Denn das Internet selbst hat ein Gefühl der Entfremdung geschaffen, wenn es um Nachbarschaftspolitik und lokale Kulturen geht, also um jene Räume, in denen sich Politik der Arbeiterklasse traditionell ausdrückt, wie Sie es angedeutet haben. Es gibt bei vielen, nicht bei allen, die Tendenz, diese traditionellen Räume zu verlassen und stattdessen in den Raum des Internets und der sozialen Medien hineingezogen zu werden. Ich will damit nicht sagen, dass in den sozialen Medien oder im Internet alles schlecht ist. Ich sehe das eher als eine objektive Realität, mit der wir konfrontiert sind. Wie wirkt sich das also auf die Art von Wiederbelebung oder Erneuerung der traditionellen linken Politik aus, auf die Sie vorhin Bezug genommen haben?

#Guest

Also, ich denke, wir müssen hier ein bisschen unterscheiden – zwischen einer gewissen Übertreibung und einer gewissen Aufregung über den neuesten technischen Durchbruch. Das hat es immer gegeben: bei der Dampfmaschine, bei der Elektrizität, bei der modernen Chemie, bei der Entwicklung des Computers, bei der Atomenergie. Es gibt eine lebhafte Debatte. Lassen Sie mich damit anfangen: In der Finanzpresse der Vereinigten Staaten läuft im Moment eine sehr lebhafte Diskussion – mit Beiträgen von der Financial Times, vom Magazin The Economist, vom Wall Street

Journal und ähnlichen Publikationen, aber auch von vielen, vielen Podcasterinnen und Podcastern und so weiter. Und die zentrale Frage dieser Debatte lautet: Wird die künstliche Intelligenz wirklich das halten, was die übertriebene Werbung und die großen Versprechungen erwarten lassen?

Wichtig ist jetzt vor allem, klarzumachen, dass diese Debatte zeigt, dass wir die Antwort auf diese Frage einfach nicht kennen. Zu jedem Artikel, der behauptet, KI werde Millionen von Arbeitsplätzen ersetzen und so weiter, gibt es einen anderen, der sagt: Wir dachten das auch, aber in dieser oder jener Branche haben wir KI eingeführt – und ja, wir haben zehntausend Leute entlassen, aber inzwischen fünftausend wieder eingestellt, weil wir gemerkt haben, dass KI neue Probleme schafft. Mich überrascht das nicht. Ich glaube, das war jedes Mal so. Schauen wir auf dieses Jahrhundert: Das einundzwanzigste Jahrhundert beginnt im Jahr zweitausend – und gleich zu Beginn gibt es einen großen Crash an der Wall Street. Im Frühjahr zweitausend bricht die Börse zusammen. Das nennt man die Dotcom-Krise. Warum?

Die Idee damals war, dass die Entwicklung des Internets und all die Computer und das Internet selbst Millionen von Arbeitsplätzen ersetzen würden. Und ja, das hätte es auch getan, und es sollte unglaublich profitabel werden. Es gab Unternehmen, die ihre Aktien für hundert Dollar pro Stück verkauft haben – Firmen, die noch nie einen Gewinn gemacht hatten, aber vorhersagten, dass sie in zwei, vier, sechs oder neun Jahren Gewinne erzielen würden. Es herrschte große Aufregung – und dann kam der Crash. Ich kenne viele Leute an der Wall Street, und ich sitze hier gar nicht weit davon entfernt. Man kann von hier aus dorthin laufen. Viele von ihnen machen sich große Sorgen, dass wir wieder einen Crash erleben werden – diesmal einen sogenannten KI-Crash, so wie wir im Jahr zweitausend den Dotcom-Crash hatten. Das ist also der erste Punkt.

Zweitens ist es durchaus möglich, dass Amazon, Apple und viele andere aus ganz unterschiedlichen Gründen Zehntausende von Menschen entlassen – aus Gründen, die sie uns gar nicht erklären wollen. Wenn man also in der PR-Abteilung eines großen Unternehmens sitzt und Leute aus den verschiedensten Gründen entlässt, dann hat man jetzt eine bequeme Ausrede, die allgemein akzeptiert wird: Wir führen künstliche Intelligenz ein, wir machen einen technischen Fortschritt. Es gibt also diese Tendenz, die Möglichkeiten der KI auszunutzen, um es so aussehen zu lassen, als sei der technologische Fortschritt der Grund für den Jobverlust – und nicht die Entscheidungen, die die Unternehmen selbst treffen.

Sehr schlecht, denn was dadurch passiert, ist, dass die Arbeiterklasse von ihrer Beziehung zur Arbeit abgelenkt wird. Stattdessen fängt sie an zu denken, sie sei das Spielzeug einer Technologie, die irgendwie wie die Natur ist, weißt du. Das ist also ein wichtiger ideologischer Punkt. Drittens, nehmen wir mal an, es stimmt zumindest teilweise oder sogar ganz, dass künstliche Intelligenz Arbeiter ersetzen wird. Dann ist das eine großartige Lektion für unsere Leute – für die Linke, für die Arbeiterklasse, die wir erreichen wollen. Denn das Problem ist nicht die KI selbst. Das Problem ist, wie sie im Kapitalismus eingesetzt wird. Und um das zu zeigen, braucht man eine kleine Wirtschaftsstunde. Die gebe ich jetzt.

Es ist ganz einfach, aber es ist etwas, das Aktivistinnen und Aktivisten überall nutzen könnten – und auch sollten. Wenn ein Kapitalist eine KI kauft, dann hofft er, die KI anstelle eines Arbeiters einzusetzen. Nehmen wir also mal an, nur für den Moment, dass die KI die Arbeiter doppelt so produktiv macht wie vorher. Vor der KI brauchte man in einer Bäckerei hundert Beschäftigte. Jetzt, mit KI, kann man die gleiche Menge Brot mit fünfzig Leuten herstellen, weil diese fünfzig durch die KI unterstützt werden. Was macht also der Kapitalist? Er entlässt fünfzig seiner Arbeiter. Mit den verbleibenden fünfzig, denen er denselben Lohn zahlt wie zuvor, produziert er nun die gleiche Menge Brot. Und er verkauft sie. Nehmen wir an, der Preis bleibt gleich – dann erzielt er auch denselben Umsatz.

Gleicher Umsatz, gleiche Menge Brot, aber nur halb so viele Arbeiter. Warum ist das spannend? Weil er den Teil des Umsatzes, den er früher an die fünfzig Arbeiter gezahlt hat, jetzt für sich behalten kann – weil er sie entlassen hat. Dadurch steigen seine Gewinne sprunghaft an. Er führt also die neue Technologie ein, um sich selbst zu bereichern. Er macht zusätzlichen Profit, und fünfzig Arbeiter verlieren ihren Job. Gut für ihn, furchtbar für die Arbeiter – und furchtbar für die örtlichen Geschäfte, die von diesen fünfzig Leuten leben. Der Imbiss um die Ecke, der kleine Laden – alle leiden darunter. Der Kapitalist macht mehr Gewinn. Und jetzt stellen wir uns die Alternative vor: den Sozialismus. Angenommen, die Arbeiter würden dieses Unternehmen gemeinsam besitzen und betreiben.

Also, es ist kein kapitalistisches Unternehmen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter stimmen demokratisch darüber ab, was produziert wird, wie produziert wird, wo produziert wird und was mit dem Gewinn geschieht. Und was würden sie mit künstlicher Intelligenz machen? Gut, schauen wir mal. Würden sie die KI kaufen? Ja. Würden sie sie installieren? Ja. Würden sie sie nutzen, um jede und jeden doppelt so produktiv zu machen wie vorher? Ja. Und was würden sie dann anders machen? Hier kommt's: Sie würden niemanden entlassen. Alle behalten ihren Job. Aber der Arbeitstag würde von acht Stunden auf vier Stunden verkürzt. Warum? Weil die Beschäftigten in vier Stunden genauso viel Brot herstellen können, wie sie früher in acht Stunden gebraucht haben – weil die KI ihnen das ermöglicht.

Also, was du hier gezeigt hast, ist, dass der Sozialismus KI nutzen könnte, um das Leben der Mehrheit zu verändern – der Arbeiterinnen und Arbeiter. Fünfzig Menschen, deren Leben sich verändern würden, weil sie jeden Tag vier Stunden etwas anderes tun könnten. Sie könnten einer anderen Arbeit nachgehen, Zeit mit ihrer Familie verbringen, ihr Zuhause verbessern, sich politisch engagieren – ihr Leben wäre besser. Du hättest KI eingesetzt, um das Leben aller zu verbessern, nicht nur den Profit der Kapitalisten. Das ist eine der stärksten Lektionen, die man vermitteln kann. Und das lässt sich jedem Arbeiter erklären. Es würde ihm zeigen, welchen praktischen, unmittelbaren Nutzen eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus haben kann. Und genau das ist unsere Aufgabe. Die KI-Revolution gibt uns die Möglichkeit, das zu tun. So würde ich das kritisieren. Ich würde über die Blase sprechen, und über die absurden Gewinne, die hier auf Kosten von Arbeitsplätzen gemacht werden.

Ich sollte Ihnen etwas über Jobs erzählen, nur eine kleine Anmerkung. Ich habe Studierende – ich unterrichte immer noch an der Universität, also habe ich Studierende. Und diese Studierenden finden heute nicht mehr die Art von Jobs, die ich hatte, als ich jung war. Meine Studierenden reden davon, für Uber zu fahren, also im Grunde als Taxifahrer ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Und wissen Sie, sie haben einen Dokortitel in Volkswirtschaftslehre. Normalerweise müsste man so etwas nicht machen. Aber sie finden keine Jobs. In den letzten Jahren haben wir in den Vereinigten Staaten mehrere Hundert Colleges und Universitäten geschlossen. Und die Realität ist: Die Jobs gibt es einfach nicht. Deshalb ist es so wichtig zu verstehen, dass wir aus dem Thema Künstliche Intelligenz eine sozialistische Lehre ziehen müssen. Genau das brauchen wir. Wir müssen die Realitäten des Kapitalismus nehmen und sie als Argumente für eine bessere Alternative nutzen.

#Mudiar

Da stimme ich zu. Dafür brauchen wir eine stärkere Arbeiterbewegung. Ohne sie ist es unmöglich, dass Belegschaften selbst die Kontrolle über so eine Bäckerei übernehmen. Es wären dann ein paar Leute, die investiert haben. Sie würden entweder Geld am Markt leihen oder, wenn sie es aus eigener Kraft aufbauen, ihr eigenes Geld einsetzen. Aber am Ende läge die Entscheidungsgewalt bei diesen wenigen Personen. Die Beschäftigten könnten dann nicht verhindern, dass diese fünfzig Leute entlassen werden. Und das, was du vorgeschlagen hast, zeigt, finde ich, noch deutlicher, wie wichtig ein stärkeres Bewusstsein der Arbeiterinnen und Arbeiter für den Sozialismus ist.

#Guest

Ich würde auch sagen, dass die Geschichte dieses Thema erzwingen wird. Und ich will erklären, was ich damit meine. Wenn die heutige Arbeiterklasse immer unzufriedener wird mit der ungleichen Belohnung, die der Kapitalismus Kapitalisten und Investoren auf der einen Seite gibt – im Vergleich zur breiten Masse der Menschen auf der anderen –, dann wird sie sich zuerst an die Gewerkschaften wenden. Denn das ist das, was uns die Geschichte zeigt: die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften. Aber wenn die Gewerkschaften nicht in der Lage oder nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und die Führung zu ergreifen, dann wird die Arbeiterklasse nach anderen Lösungen suchen. Und eine dieser Lösungen, auf die sie schauen wird, sind Arbeiterkooperativen. Mit anderen Worten, das ist die Botschaft: Wenn die Gewerkschaft nicht kann oder nicht will, das für die Beschäftigten zu tun, was sie brauchen, dann ist die Gewerkschaft nicht länger die Institution, die die Arbeiter unterstützen sollten.

Was sollten sie tun? Sie sollten sich organisieren, um das Unternehmen zu übernehmen. Anstatt eine Gewerkschaft zu haben, die mit dem Arbeitgeber verhandelt, wird man selbst zum Arbeitgeber. Und wie soll das gehen? Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus der britischen Labour Party unter Jeremy Corbyn. Nicht die jetzige Partei – die ist nutzlos. Die aktuelle, ehrlich gesagt, ist einfach furchtbar. Aber Herr Corbyn sagte: So machen wir das. Das erste Gesetz, das wir verabschieden, wenn wir die

Wahlen in Großbritannien gewinnen, wird festlegen: Bevor ein Unternehmen an die Börse gehen, das Land verlassen, schließen oder sich an ein anderes Unternehmen verkaufen darf – bevor es irgendetwas davon tun kann – muss es den Beschäftigten ein Vorkaufsrecht einräumen.

Mit anderen Worten, das Unternehmen muss seinen eigenen Beschäftigten die Möglichkeit geben, den Betrieb zu übernehmen. Und als die Presse, die Corbyn und seinem Assistenten John McDonnell zuhörte, das erklärte, fragte sie: „Ja, aber woher sollen die Arbeiter das Geld nehmen, um den Betrieb zu kaufen?“ Da lächelte Corbyn und sagte: „Vom Staat. Wir werden ihnen sehr günstige Kredite geben, damit sie das tun können. Und wir werden etwas Neues schaffen... Wir werden eine Wirtschaft haben, die einen kapitalistischen und einen sozialistischen Sektor hat. Im sozialistischen Sektor werden die Beschäftigten ihre eigenen Betriebe besitzen und selbst führen. Und dann werden wir einen Wettbewerb sehen, und alle werden selbst entscheiden, wo sie kaufen und wo sie arbeiten wollen.“

Worum es hier geht, ist eine alternative Strategie. Und ich meine das nicht als eine Art Wahl, wie wenn man in ein Restaurant geht und überlegt, was man essen möchte. Es ist die Geschichte selbst, die diese Entscheidung treffen wird. Die Gewerkschaften werden unter enormen Druck von unten geraten – das passiert ja schon jetzt. Entweder sie liefern uns einen besseren Vertrag mit diesem Arbeitgeber, oder wir gehen den anderen Weg, den Genossenschaftsweg. Und dann ist gar nicht mehr so klar, welche Rolle die Gewerkschaft eigentlich spielt. Diese Gefahr wird viele Gewerkschaften dazu bringen, in Zukunft genauso kämpferisch zu werden, wie es ihre Mitglieder längst sind.

#Mudiar

Vielleicht ist ein guter Weg, dieses Gespräch zu beenden, wenn wir ein bisschen über das größere wirtschaftliche System sprechen und das in den Zusammenhang dessen stellen, was wir bisher diskutiert haben – also aus der Perspektive von Arbeiterrechten und der Freiheit der Beschäftigten. Und die Frage, die ich Ihnen stellen wollte, ist: Welches wirtschaftliche System können Sie sich, wenn Sie könnten, in naher Zukunft vorstellen? Ich frage das im Zusammenhang mit den aktuellen Debatten innerhalb der Linken – über den Niedergang des US-Imperialismus oder der US-geführten Weltordnung, über den Rückgang des US-dominierten Kapitalismus, über den Aufstieg der BRICS-Staaten und eine mögliche neue Weltordnung, sei sie politisch oder wirtschaftlich. Dazu kommt die Krise des fossilen Kapitalismus, in der Krieg und Blockaden weltweit zu einem Wettlauf um erneuerbare Energien geführt haben – als Ausweg aus den Unsicherheiten und Engpässen. Und das geht immer weiter: die enorme Krise des Finanzkapitalismus, die einfach kein Ende zu nehmen scheint.

Ausgehend von dem, was Sie gerade gesagt haben – welches Bild einer größeren politischen Ökonomie haben Sie dabei im Kopf? Ich frage das, weil, wenn wir hundert Jahre zurückgehen, die kommunistischen Parteien weltweit eine klare Vision formuliert hatten. Ich sage nicht, dass sie überall gleich war, aber man konnte eindeutig fünf oder sechs große Themen benennen: das Ende

des Großgrundbesitzes, die Übernahme der Produktionsmittel, echte Verstaatlichungen der wichtigsten Produktionsmittel, eine von Arbeiterinnen und Arbeitern geführte Partei im Zentrum, die sich eher am öffentlichen Sektor orientierte und nicht zugunsten des Großkapitals voreingenommen war. Wir können also ziemlich genau nachzeichnen, wie diese Vision vor hundert Jahren aussah. Und jetzt, wo wir sehen, dass sich neue Chancen eröffnen, während Imperien – ob kapitalistische, militärische oder imperialistische – an Einfluss verlieren, stellt sich die Frage: Wie sieht heute, aus Sicht der Arbeiterinnen und Arbeiter, also der arbeitenden Klasse, diese umfassende Vision einer größeren politischen Ökonomie aus?

#Guest

Also, ich würde die Frage so beantworten: Ich würde, gewissermaßen, zu den philosophischen Ursprüngen des Sozialismus zurückgehen. Man sollte sich vielleicht fragen, warum der Konflikt zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem – also einer bestimmten Art, Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen zu organisieren – überhaupt entstanden ist. Kapitalismus unterscheidet sich ja vom Feudalismus. Im Feudalismus haben Herren und Leibeigene das geregelt. In einem Sklavensystem waren es Herren und Sklaven. In alten Dorfgemeinschaften haben verschiedene Formen von Gemeinwesen diese Dinge organisiert. Warum also, wenn es nur ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist, bekam dann der Sozialismus den Namen einer Zukunftsordnung? Denn das ist ja ein sehr vager Begriff. Und tatsächlich wird Sozialismus meist dem Individualismus gegenübergestellt.

In einem Fall stellt man sozusagen das Individuum in den Mittelpunkt, und die Gesellschaft ist etwas, das die Einzelnen hervorbringen oder erschaffen. Im Gegensatz dazu betont der Sozialismus eher das Gegenteil – dass nämlich Gesellschaften die Individuen formen und erschaffen, die in sie hineingeboren werden. Ich denke, das liegt daran, dass es in den Ursprüngen des Sozialismus eine Einsicht gab, die heute relevanter ist als je zuvor. Nämlich die, dass man, wenn man über ein Wirtschaftssystem spricht, das einer Gemeinschaft, also einer Gesellschaft, dienen soll, dieses System auch als gesellschaftliches Konstrukt verstehen muss. Es sollte so sein, dass wir gemeinsam, als Gesellschaft, ein Wirtschaftssystem schaffen, das unseren Bedürfnissen entspricht. Aber das haben wir nie wirklich getan. Oder, um es anders zu sagen: Am nächsten kommen dem vielleicht die alten Gemeinschaften in Südostasien – wie übrigens auch anderswo.

Was damals passiert ist, war, dass sie die Gemeinschaft aufgespalten haben – in Herr und Sklave, in Lehnsherr und Leibeigener, in Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Und was wir wirklich wollen, ist, diese Tradition zu durchbrechen, die es einer kleinen Minderheit erlaubt, das Wirtschaftssystem zu kontrollieren und zu gestalten, das eigentlich allen dienen soll. Die ganze Gesellschaft hängt davon ab, Güter und Dienstleistungen zu produzieren und zu verteilen. Sonst verhungern wir, oder wir haben keine Kleidung, oder kein Dach über dem Kopf. Aber warum erlauben wir einer kleinen Gruppe von Herren, über eine Art Sklaverei zu herrschen, von der wir alle abhängig sind? Oder einer kleinen Gruppe von Lehnsherren, über einen Feudalismus zu bestimmen, von dem wir alle abhängig sind? Oder – und das ist die heutige Form – einer kleinen Gruppe von Arbeitgebern, über ein

kapitalistisches System zu bestimmen, von dem wir alle abhängig sind? Ich erinnere die Leute immer wieder daran: Laut der Volkszählung in den Vereinigten Staaten gibt es etwa dreihundertdreißig Millionen Amerikaner. Drei Prozent davon sind Arbeitgeber. Die anderen siebenundneunzig Prozent sind es nicht.

#Guest

Und trotzdem sind es die Arbeitgeber, die entscheiden – was produziert wird, wie es produziert wird, wo es produziert wird und wie es verteilt wird. Sozialismus bedeutet in erster Linie, darauf zu bestehen, dass das wirtschaftliche System einer Gesellschaft sozial gestaltet und sozial bestimmt sein muss. Alle müssen die Möglichkeit und die Macht haben, mitzuentcheiden: was produziert wird, wie produziert wird, wo produziert wird und wie das Produzierte verteilt wird. Der Kapitalismus kann das nicht. Kapitalismus schließt – strukturell, das hat nichts mit guten oder schlechten Kapitalisten zu tun – die Beschäftigten von diesen Entscheidungen aus. Diese Entscheidungen liegen beim Arbeitgeber. Und genau das müssen wir vermitteln.

Wir müssen den Menschen klarmachen, dass wir einen historischen Prozess zu Ende führen. Wissen Sie, man könnte sich fragen, warum Marxisten das Wirtschaftssystem vor der Sklaverei, über das Marx gesprochen hat, als etwas bezeichneten, das er „ursprünglichen Kommunismus“ nannte. Der Grund ist, dass es damals, in vielen dieser Dorfgemeinschaften, etwas gab, das einer sozialen Ordnung ähnelte – einer Gesellschaft, die bestimmte Entscheidungen gemeinsam traf. Und in dieser frühen menschlichen Erfahrung steckt etwas, das wir in der modernen Welt wiederentdecken können. Etwas, das deutlich macht, was am Kapitalismus falsch läuft, was ihm fehlt – und genau darin liegt der Kern dessen, was wir Sozialismus nennen.

Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das die Wirtschaft demokratisiert. Eines, das deutlich macht, dass Demokratie nicht nur eine politische Entscheidung über das politische System ist – vorausgesetzt, man hat überhaupt eines. Demokratie hört nicht an einer Grenze auf, die Unternehmen heißt. Sie muss im Unternehmen selbst gelten, genauso wie außerhalb. Sonst gibt es keine echte Demokratie. Und einer der Gründe, warum die Demokratien, die wir haben, so formell und so wenig greifbar wirken, liegt darin, dass sie nicht in ein wirtschaftliches System eingebettet sind. Ich glaube, das ist eine sehr starke Botschaft, auf die Arbeiterinnen und Arbeiter reagieren werden – wenn wir den Mut haben, das als Teil unseres Engagements klar auszusprechen.

#Mudiar

Nur eine kurze Nachfrage, und sie kann wirklich ganz kurz sein, weil ich weiß, dass wir gleich die Ein-Stunden-Marke erreichen. Während du gesprochen hast, habe ich aufmerksam zugehört – mit großem Interesse und, ehrlich gesagt, auch mit einer gewissen Begeisterung. Welche Arten von Räumen, in denen Menschen oder die Arbeiterklasse sich organisieren, kommen dir da in den Sinn? In unserer Sendung mit dir hast du ja einmal über kulturelle Räume in Manhattan gesprochen, im Zusammenhang mit Zohran Mamdanis Wahlsieg. Du hast damals erklärt, wie solche Räume aktiviert

werden könnten. Ich habe in letzter Zeit viel über Parteien und ihren Niedergang nachgedacht – darüber, wie der Neoliberalismus, oder genauer gesagt der neoliberale Autoritarismus, sozialdemokratische Parteien weltweit geschwächt hat. Von der Labour Party unter Blair bis hin zu den Demokraten unter Clinton.

Und ich verkläre die Labour Party ganz sicher nicht. Ich komme aus dem Globalen Süden. Wir wissen alle, welche Geschichte die Labour Party hat und wie sehr sie mit dem imperialen Apparat verflochten war. Aber in den Jahren nach den Neunzigern und den frühen Zweitausendern hat sich etwas verändert – selbst in diesen zentristischen Parteien. Auch in den USA hat sich die Demokratische Partei unter Clinton stark gewandelt, deutlich anders als noch unter Lyndon Johnson oder Kennedy. Als Hedgefonds-Manager und die Finanzelite mehr Macht übernahmen, verschob sich die Partei – und die Arbeiterklasse stand im Grunde ohne eigene politische Vertretung da. Und dann kam das Internet. Meiner Einschätzung nach hat es die Jugend stark vereinzelt.

Und selbst wenn man das noch einmal betrachtet – ein letzter Punkt – du hast recht: Die Unbeliebtheit dieses Krieges ist in der Geschichte der USA beispiellos. Vor allem, wenn man bedenkt, dass er von Anfang an unpopulär war. Das unterscheidet ihn vom Irakkrieg oder vom Vietnamkrieg. Im Fall von Vietnam hat es Jahre, ja Jahrzehnte gedauert, bis es zu Massenprotesten kam. Aber diesmal haben wir nicht annähernd so viele Straßenproteste gesehen. Selbst im Vergleich zu zweitausenddreißig ist das anders. Ein großer Teil der Unzufriedenheit äußert sich heute über das Internet und die sozialen Medien. Wenn also linke Kräfte versuchen, Menschen für die Themen zu mobilisieren, über die du gerade gesprochen hast – welche Räume fallen dir da ein, die sich als mögliche Orte für solche Organisation eignen könnten?

#Guest

Also, ich denke, die Antwort auf Ihre Frage steckt gewissermaßen schon in der Frage selbst. Was ich damit meine: Ich bin Marxist, aber ich habe auch sehr viel von Marx' Lehrer Hegel gelernt. Und ich betrachte alles im Hinblick auf die Widersprüche, die in den Dingen selbst stecken – das ist die Lehre von Hegel und die Art, wie man über die Welt nachdenken kann. Für mich ist das Entscheidende, dass das Internet heute ein Maß und eine Intensität politischer Diskussion, Information und Bildung ermöglicht, die früher einfach nicht möglich waren, die sich früher viel langsamer entwickelt haben. Ich meine, selbst dieses Gespräch hier – ich bin in New York City, Sie sind in Südasien – das ist doch großartig, dass wir auf diese Weise miteinander reden können. So wie wir es auch in früheren Gesprächen getan haben und, wie ich hoffe, auch in Zukunft tun werden. Wir tauschen Meinungen aus. Wir lernen voneinander. Wir könnten noch viel mehr tun. Und wir sollten auch viel mehr tun.

Aber das hilft dabei, ein wirklich tiefes Verständnis zu entwickeln. Ich habe mein ganzes Leben in den Vereinigten Staaten verbracht. Ich wurde in Ohio geboren. Ich habe in den USA gelebt und gearbeitet. Die Offenheit gegenüber marxistischem Denken ist heute größer als jemals zuvor in meinem Leben. Was bedeutet das? Wie lässt sich das erklären? Warum ist das möglich? Ich habe jede Woche eine Radio- und Fernsehsendung, eine halbe Stunde lang. Sie läuft in den ganzen

Vereinigten Staaten und weltweit über YouTube. Also, was passiert hier eigentlich? Wie kann es sein, dass ich das machen kann, dass es ein Publikum gibt, das groß genug ist, um das zu tragen? Das liegt daran, dass diese Lektionen gelernt werden. Und ja, Sie haben recht: Sie haben sich noch nicht in all den Formen gezeigt, die wir uns wünschen würden – etwa in Massenprotesten auf der Straße oder in starken politischen Parteien. Aber ich sage Ihnen: Sie entstehen gerade.

Zum Beispiel gibt es die sogenannte „Democratic Socialists of America“. Das ist eine sehr gemäßigte Form des Sozialismus, und ihre Mitglieder gehören zu dieser Bewegung, okay? Inzwischen hat diese Organisation rund einhunderttausend Mitglieder in den gesamten Vereinigten Staaten. Das ist die stärkste sozialistische Organisation, die es hier seit über einem halben Jahrhundert gegeben hat. Und das ist ein Ergebnis der letzten fünf bis zehn Jahre. Mehr ist es nicht. Aber es fängt gerade erst an, es wächst, und wir sehen neue Arbeiterbewegungen entstehen. Wir erleben, dass die Generation der Gewerkschaftsführer aus der Zeit des Kalten Krieges abtritt, und eine ganz neue Generation nachrückt, die viel offener für linke Ideen ist als die vorherige. Die alten Führer waren stark vom Kalten Krieg geprägt und hielten sich von der Linken fern, aus Angst, die Regierung könnte sie vernichten. All das verändert sich jetzt. Und ich glaube, wir werden überrascht sein.

Ich möchte mit einem Zitat eines bekannten politischen Führers schließen. Seine Kollegen kamen damals zu ihm und sagten: „Mein Gott, das dauert so lange, es geht so langsam. Seit Jahrzehnten passiert nichts.“ Er drehte sich zu ihnen um, lächelte und sagte: „So funktioniert das. Jahrzehntelang scheint nichts zu passieren – und dann, in ein paar Wochen, passieren Jahrzehnte.“ Ich hoffe natürlich, dass das stimmt, auch wenn ich keine Garantie habe. Aber ich glaube, genau das erleben wir gerade. Alles, was ich sehe, alles, was ich höre, gibt mir dieses Gefühl. Und diese Generation – die wird man nicht aufhalten. Sie ist anders. Sie ist entschlossen. Und je jünger die Menschen sind, desto größer ist ihr Interesse am Sozialismus. Die Leute in ihren Zwanzigern sind heute die stärksten Unterstützer all dessen. Und ich denke, das zeigt, wohin sich die Dinge entwickeln.

#Mudiar

Wir belassen es dabei, und ich finde, das ist ein großartiger Punkt, um zu enden – ein Maifeiertag, ein Tag der Arbeit, im Geist der Russischen Revolution. Ja, und vielen Dank, Professor, dass Sie dabei waren und für dieses aufschlussreiche und wunderbare Gespräch. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen restlichen Tag.

#Guest

Auch Ihnen, und an alle, die zuhören: Wir stehen heute in Solidarität zum Ersten Mai.

#Ayushman

Hallo, mein Name ist Ayushman. Zusammen mit Jyotishman habe ich diese Plattform gegründet. In den letzten zwei Jahren haben wir versucht, Inhalte für die Linke und progressive Kräfte aufzubauen.

Bisher haben wir Ökonomen, Historiker, politische Kommentatoren und Aktivisten interviewt. Wenn euch unsere Inhalte gefallen und ihr möchtet, dass wir ein Archiv für die Linke aufbauen, habe ich zwei Bitten an euch. Bitte überlegt, ob ihr für dieses Projekt spenden möchtet – der Link steht unten in der Beschreibung. Und wenn das gerade nicht möglich ist, macht euch keine Sorgen. Ihr könnt unsere Videos einfach liken und mit euren Genossinnen und Genossen teilen. Und vergesst nicht, den Abonnieren-Button zu drücken.